

Nicht nur am Hindukusch

Grüne und Auslandseinsätze

Friedenspolitischer Konsens

Innerhalb der Partei hat es in den vergangenen Jahren einen ausführlichen Diskussionsprozess über die Friedens- und Sicherheitspolitik gegeben. Ob wohl von ganz unterschiedlichen bis gegensätzlichen Positionen kommend, ist es der Friedens- und Sicherheitspolitischen Kommission gelungen, einen gemeinsamen [Bericht](#) an die Bundesversammlung in Erfurt zu verabschieden. Die Kommission hat sich hierbei auch schwierigen Fragen gestellt. – vom Konflikt zwischen der Verantwortung zum Schutz und dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen bis zu den Prioritäten bei der Einbindung Deutschlands in UN, EU und NATO.

Besonders ist hervorzuheben, dass eine Verständigung über die grundsätzliche Haltung zum Einsatz von Militär und über Kriterien für den Auslandseinsatz von Soldaten gegeben hat. Im Lichte dieser Klärungen soll hier ein Blick auf anstehenden Mandatsentscheidungen geworfen werden.

Grundsatz

Mit ihrer Haltung zur Rolle des Militärs grenzen sich GRÜNE von einem simplen Antimilitarismus ebenso ab, wie vom Glauben an die Notwendigkeit einer weiteren Militarisierung der Außenpolitik. In dem Bericht heißt es:

„Unter bestimmten Rahmenbedingungen kann Militär einen notwendigen Beitrag zur Gewalteinämmung, Gewaltverhütung und Friedenskonsolidierung leisten. Wir erteilen militärischen ‚Konfliktlösungen‘ eine Absage. Der Einsatz von Militär ist immer problematisch. Der Einsatz militärischer Kriegsgewalt ist unabhängig von seinen Zielen ein großes Übel. Zur Friedenssicherung im Rahmen der VN kann Militär zur Gewalteinämmung notwendig sein. Militär kann so bes-

tenfalls Friedensprozesse unterstützen und Zeitfenster für die Krisenbewältigung schaffen, nicht aber den Frieden selbst.“¹

Kriterien

Nimmt man diesen Grundsatz ernst, ergeben sich hieraus „Grüne Prinzipien für internationales Krisenengagement und Auslandseinsätze.“:

„Für internationales Krisenengagement und Auslandseinsätze und eine deutsche Beteiligung daran müssen die folgenden Prinzipien und Kriterien gelten:

1. *Kriegsverhütung und Friedenssicherung*
2. *Hauptverantwortung der Konfliktparteien und ‚Do no harm‘*
3. *Primat der zivilen Krisenprävention*
4. *Ziele und Interessen offen legen*
5. *Militär nur als äußerstes Mittel*
6. *Nie ohne VN-Mandat*
7. *Immer Multilateral*
8. *Absolutes Primat der Politik*
9. *Leistung und Verantwortbarkeit garantieren*
10. *Parlamentsbeteiligung und Akzeptanz gewährleisten“²*

Ausdrücklich sind diese Punkte nicht als eine Strichliste gedacht, die man bloß abhaken muss, sondern in dem Bewusstsein formuliert, dass es auf den konkreten Bedingungen einer Situation ankommt. Diese zu bewerten, dafür sollen diese Kriterien Maßstäbe liefern.

Alltag im Auslandseinsatz

Kommen wir von den hehren Prinzipien zur Lage im Alltag. Aktuell befinden sich rund 6000 Soldaten im Auslandseinsatz. Derzeit bestreitet Deutschland die folgenden Einsätze mit den realen und den maximal zulässigen Gesamtstärken bei einer überwiegenden Haltung der GRÜNEN dazu:

Balkan:	KFOR	2230 von 8500	<input checked="" type="checkbox"/>
	EUFOR	117 von 2400	<input checked="" type="checkbox"/>

¹ Bericht der GRÜNEN Friedens- und Sicherheitspolitischen Kommission, Kurzfassung, Berlin 2008

² ebd.

Afghanistan:	ISAF	3279 von 3500	☉
	OEF ³	88 von 1400	☒
Libanon:	UNIFIL	233 von 1400	☑
Sudan:	UNMIS	40 von 75	☑
	UNAMID ⁴	0 von 250	☑
Eritrea/Äthiopien	UNMEE ⁵	2 von 2	☑
Georgien	UNOMIG	12 von 20	☑

Die Missionen im Südsudan, Eritrea/Äthiopien und Georgien sind unbewaffnete Beobachtermissionen. In den anderen Missionen ist – entsprechend unterschiedlicher Einsatzrichtlinien auch die Anwendung militärischer Gewalt zulässig.

Die Liste belegt, dass von unverantwortlich engen Vorgaben des Bundestages gegenüber der Regierung nicht die Rede sein kann. Tatsächlich sind die Obergrenzen vielfach sehr großzügig bemessen und werden oft nicht einmal zu einem Zehntel ausgeschöpft.

Leider kann nicht damit gerechnet werden, dass es künftig weniger Anforderungen an die Bundesrepublik Deutschland geben wird, sich an der Stabilisierung zerfallener Staaten und der Befriedung von gewaltsamen Konflikten zu beteiligen. Der abenteuerliche Versuch Saakaschwilis sich Süd-Ossetien gewaltsam zurückzuholen und die massive Gegenreaktion Russlands zeigen, wie schnell solche Herausforderungen auf die EU und auf Deutschland zukommen werden – nicht nur in fernen Kontinenten, sondern direkt vor der Haustür. Es ist damit zu rechnen, dass sich Deutschland mindestens mit Beobachtern an einer EU-Mission in Georgien beteiligen wird. Die geltenden OSZE- und UN-Mandate für Abchasien und Süd-Ossetien sollen ohnehin fort gelten.

Keine Militarisierung grüner Außenpolitik

Die überwiegende Zahl von Haken hinter den Auslandseinsätzen belegen, dass sich GRÜNE es auch in der Opposition nicht leicht gemacht haben. Einsätze wurden danach beurteilt, ob sie notwendig und ver-

³ Beinhaltet auch den Marineeinsatz am Horn von Afrika

⁴ Noch nicht zum Tragen gekommen, da nach wie vor keine Einigkeit im VN-Sicherheitsrat

⁵ Läuft jetzt aus

antwortbar waren. Ein Wegstehlen aus der Verantwortung für die Entsendung von Soldaten hat es in der Opposition nicht gegeben.

Die Einsätze zeigen aber auch: Von einer Militarisierung von Außenpolitik kann keine Rede sein. Die überwiegende Zahl der Einsätze zielt auf die Stabilisierung von Gesellschaften in Post-Konfliktsituationen. Sie sind (manchmal auch robustes) *Peacekeeping*. Die von GRÜNEN mitgetragenen Einsätze sind durchgehend VN-mandatiert und im wachsenden Maße auch VN-kommandiert.

Aktuelle Mandatsverlängerungen

Aktuell stehen in diesem Herbst eine Reihe von Mandatsverlängerungen an. Zwei davon in der nächsten Sitzungswoche. Doch nicht nur aus diesen Aktualitätsgründen sondern auch mit Blick auf den Wahlkampf seien hier drei Fälle gesondert betrachtet: Libanon, Sudan und Afghanistan.

Libanon: Die FDP erliegt dem Oppositionsreflex

UNIFIL hat den Krieg zwischen Israel und dem Libanon beendet. Die maritime Komponente war Voraussetzung zur Aufhebung der israelischen Seeblockade. UNIFIL hat die Sicherheit Israels ebenso erhöht wie große Verdienste bei der Beseitigung von Streubomben erworben.

UNIFIL ist der erste Einsatz, bei dem deutsche Soldaten und dem Kommando des *Departement for Peacekeeping Operations* der VN agieren. Auch wenn Israel weiterhin gegen die Waffenstillstandsvereinbarungen verstößt und der Waffenschmuggel in den Libanon nicht beendet wurde, auch wenn es weitere Defizite und massive Versäumnisse der europäischen Außenpolitik bei politischen Lösungsansätzen gibt, so ist offenkundig, dass es ohne die UNIFIL-Präsenz keine politische Lösung geben wird. Deshalb hat der VN-Sicherheitsrat sich für eine Fortsetzung des Mandats ausgesprochen. Ich plädiere dafür, dass wir GRÜNE der Verlängerung des UNIFIL-Mandats zustimmen.

Es wird nun spannend, wie sich die FDP verhält. Sie hat mit ebenso vordergründigen wie inkonsistenten Argumenten Deutschlands Beteiligung hieran abgelehnt. Für einen Guido Westerwelle, der sich in jeder Talkshow als Vize und Außenminister von Merkel warmläuft, eine überaus peinliche Haltung. Wer in einem der Großkonflikte der Welt, im Nahen Osten, seine Oppositionsreflexe pflegt und vor der Realität abtaucht, handelt verantwortungslos.

Sudan: DIE LINKE auf dem Weg in die Realität?

Im Sudan geht es zum einen um die Beendigung eines 30-jährigen Krieges im Süden samt Überwachung des Waffenstillstandabkommens. Zum anderen geht es um die Verantwortung zum Schutz vor schwersten Menschenrechtsverletzungen in Darfur. Ich plädiere auch hier dafür, dass wir das Mandat für die unbewaffneten Militärbeobachter ebenso unterstützen wie die Unterstützung der UN/AU-Mission für Darfur.

Nachdrücklich muss hier die LINKE gestellt werden. Sie hatte zu Beginn dieser Legislaturperiode die Überwachung eines Waffenstillstandabkommens im Auftrag der VN als Militarisierung der Außenpolitik abgelehnt. Dann hatte sich fast die gesamte Führung nicht an der Abstimmung beteiligt. Zuletzt wurde sich dazu enthalten. Sie werden nicht umhinkommen - nehmen sie ihr verbales Bekenntnis zu den VN ernst - solchen Einsätzen zuzustimmen. Diesen Weg in die Realität sollten wir durch eine namentliche Abstimmung beschleunigen.

Afghanistan: Ausbleibender Strategiewechsel

Heute ist der Jahrestag des 11. September. Er bot die Ermächtigung für *Operation Enduring Freedom (OEF)*. Heute kann man sich - gerade mit Blick auf Afghanistan nicht mehr auf das Selbstverteidigungsrecht berufen, um in Afghanistan Krieg zu führen. Deshalb fordern wir eine Beendigung von OEF und plädieren dafür, Nein zu einer Beteiligung Deutschlands zu sagen.

Obwohl die Ausbildung der Afghanischen Armee nun aus OEF herausgenommen und dem US-Kommandeur in Afghanistan unterstellt wird, ist man weit davon entfernt, die kontraproduktiven Kommandoaktion im Rahmen des „Kriegs gegen den Terror“ zu beenden. Dieser Teil einer notwendigen Strategiewende ist nicht erfolgt - allerdings war damit auch nicht zu rechnen, solange Bush regiert.

Die Forderung nach einem militärischen und zivilen Strategiewechsel ist bei den GRÜNEN breiter Konsens. Die Priorität des zivilen Aufbaus wird selbst von der Bundesregierung verbal bejaht. Leider geschieht außer verbalen Bekenntnissen wenig. Das jüngste Afghanistan-Konzept lebt von den Worten „fortsetzen“ und „weiterhin“. Die seit zwei Jahren offensichtlichen eklatanten Mängel des Polizeiaufbaus sind bis heute nicht behoben. Gerade im ländlichen Raum kommt die Hilfe nur unzureichend an - und weiterhin hinkt die Höhe der Entwicklungshilfe hinter den tatsächlichen Erfordernissen her.

Das Ergebnis ist offenkundig: Die Sicherheitslage ist nicht besser geworden. Der Vertrauensverlust der Regierung Karzai ist weiter ge-

wachsen. Die USA dehnen den Luftkrieg nun nach Pakistan aus, statt eine Kooperation mit der neu gewählten Regierung Pakistans zu suchen..

Gemeinsam im Dilemma

Damit stehen DIE GRÜNEN vor einem Problem: Ein sofortiger bedingungsloser Abzug aus Afghanistan wäre verantwortungslos und würde der Arbeit aller Hilfsorganisationen den Boden entziehen und das Land erneut in einen blutigen Bürgerkrieg stürzen. Auf der anderen Seite fehlen einer Oppositionspartei jenseits einer Verweigerung der Zustimmung Instrumente einen Strategiewechsel zu erzwingen. Es kann nicht sein, dass den Vorschlägen der GRÜNEN in der Debatte von CDU/CSU und SPD recht gegeben wird, ihre Anträge von der Großen Koalition aber abgelehnt und von der Regierung nicht umgesetzt werden.

Auf den nicht erfolgten Strategiewechsel eine Antwort zu geben ohne sich aus der Verantwortung zu stehlen, ist das, was die Partei von der Fraktion erwartet und zwar mit einem hohen Maße an Geschlossenheit. Dies ist uns im letzten Jahr nicht besonders gut gelungen. Mit 30 Enthaltungen, 15 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen haben wir eher den Eindruck hinterlassen, wir mühten uns, gequält dem Votum des Parteitauges in Göttingen zu folgen.

Ich bin persönlich der Auffassung, dass dies in diesem Jahr am besten durch eine möglichst geschlossene Enthaltung und eine intensive und einstimmige Begleitkommunikation zu gewährleisten ist. Außenpolitik im Wahlkampf

Es hat sich der Eindruck breit gemacht, dass die Große Koalition in der Außenpolitik nicht alles verkehrt gemacht hat. Daran ist richtig, dass Angela Merkel unter anderem die Position von Rot-Grün gegen den Irakkrieg übernommen hat. Aber es überdeckt die gravierenden außenpolitischen Fehler der Großen Koalition.

Sowenig sich zur Zeit abzeichnet, dass die Außenpolitik zu einem polarisierenden Thema im Wahlkampf würde, so falsch wäre es, die tatsächlichen Fehler nicht zu thematisieren.

- ↳ Hierzu gehört die Unsitte Merkels, in Worten Klimaschutz zu predigen, in der EU aber alle Maßnahmen zu Klimaschutz im Verkehr zu blockieren.

- ↳ Hierzu gehört, die menschenrechtliche Pose gegenüber China und Russland – samt dem bloßen wirtschaftspolitischen Opportunismus gegenüber Saudi-Arabien.
- ↳ Hierzu gehört der Unwille der Großen Koalition sich mit den USA selbst dann nicht hart auseinanderzusetzen, wenn deren Aktionen elementare europäische Sicherheitsinteressen beeinträchtigen, von der Raketenaufstellung in Tschechien und Polen bis zur Hochrüstung georgischer Abenteurer.
- ↳ Hierzu gehört die Doppelzüngigkeit Steinmeiers, in Sonntagsreden das Nicht-Verbreitungsregime hochzuhalten und es gleichzeitig durch die Zustimmung zum US-Indien-Atomdeal zu zertrümmern.
- ↳ Und hierzu gehört es, einen Strategiewechsel für Afghanistan zu verbalisieren, aber mit jedem Mandat 500 Soldaten zusätzlich zu entsenden, während der Aufwuchs bei der Polizei nicht einmal 50 % der eigenen Zusagen erreicht.

Hier anzugreifen, geht nur in Geschlossenheit. Es geht nicht wenn sich Grün mit Grün statt mit Schwarz-Rot beschäftigt. Ich würde mir wünschen, dass uns dies bei den anstehenden Mandatsentscheidungen gelingt.